

mittendrin

Ausgabe 5/2011
Informationen des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

Mitte soll ein lebenswerter Bezirk für alle bleiben

DIE LINKE Berlin-Mitte beschließt Kommunalwahlprogramm



Foto: Christian v. Polentz | transit

Erfahrung und Kompetenz – das Spitzenquartett der LINKEN zur Wahl der Bezirksverordnetenversammlung Mitte: Petra Schrader (vorne), Elke Reuter, Susanne Fünfstück, Christiane Hoff (von links)

Ein lebenswerter Bezirk für alle – gegen soziale Ausgrenzung und Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen aus der Innenstadt.

Diese Forderung durchzieht das Wahlprogramm der LINKEN aus der Mitte Berlins zur

Bezirksverordnetenversammlung. Gutes, bezahlbares Wohnen, gleicher Zugang zu Bildung und Kultur für alle von Anfang an, die Schaffung von Arbeitsplätzen mit menschenwürdiger Bezahlung und die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung der Bewohner

und Bewohnerinnen – so soll unser Bezirk in den nächsten fünf Jahren gestaltet werden. Mit diesen Schwerpunkten wirbt DIE LINKE im Regierungsbezirk für die Kommunalwahlen am 18. September um Zustimmung. Das Wahlprogramm wurde von den mehr als 80 gewählten Vertretern der Basisgruppen mit großer Mehrheit beschlossen.

Erfahrung und Kompetenz für Mitte

Petra Schrader, Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport, wurde als Spitzenkandidatin der BVV-Liste nominiert. Mit Susanne Fünfstück, Christiane Hoff und Elke Reuter bildet sie das Spitzenquartett, das über langjährige Erfahrungen und hohe Kompetenz in der Landes- und Bezirkspolitik verfügt. Auf den weiteren Plätzen folgen Thilo Urchs, Sven Diedrich, Falko Loeff und Rüdiger Lötzer. Unter den 25 Kandidatinnen und Kandidaten befinden sich neben seit Jahren in der Kommunalpolitik engagierten Menschen erfreulich viele neue Gesichter – die Hälfte der Nominierten ist jünger als 35 Jahre. DIE LINKE in Mitte setzt auf eine gute Mischung aus Alt und Jung, aus Erfahrung und Zukunft.

Unser Ziel: Carola Bluhm direkt ins Abgeordnetenhaus

Zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses wurde für den Wahlkreis 2 (Neubaugebiet Alt-Mitte) die bisherige Wahlkreisinhaberin Carola Bluhm, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales nominiert. DIE LINKE stellt sich als Ziel, diesen Wahlkreis wieder direkt zu gewinnen. Im Wahlkreis 1 (Altbaugebiet Alt-Mitte, südl. Gesundbrunnen) werden Sven Diedrich, im Wahlkreis 3 (Tiergarten Süd, Hansaviertel, südl. Moabit) Rainer-Maria Fritsch, im Wahlkreis 4 (nördl. Moabit, Sprengelkiez) Kadriye Karci, im Wahlkreis 5 (Volkspark Rehberge, Schillerpark) Tobias Schulze und im Wahlkreis 6 (Pankebecken, Pankstraße) Peter Bohl um die Direktmandate kämpfen. **Thilo Urchs**

Weitere Informationen zum Wahlprogramm und zur BVV-Liste finden Sie auf Seite 3 oder unter www.dielinke-berlin-mitte.de

Das soziale Berlin

Basistreffen mit **Harald Wolf**

Bürgermeister von Berlin und Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen; Spitzenkandidat der Berliner LINKEN für die Wahl zum Abgeordnetenhaus

Montag, 23. Mai, 19 Uhr, BVV-Saal des Neuen Stadthauses, Parochialstr. 1-3 (U-Bhf Kloserstraße)

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Die BVV hat 55 Verordnete, neun davon stellt unsere Fraktion. Ist bei einem solchen Kräfteverhältnis und angesichts der Tatsache, dass es in Bezirksparlamenten keine Koalitionen gibt, eine wirksame Einflussnahme auf Entscheidungen überhaupt möglich?

Ja, sie ist möglich, wenn man sich – eine inhaltlich gute und argumentativ überzeugende Vorbereitung eigener Anträge und Initiativen vorausgesetzt – aller zur Verfügung stehenden Instrumente parlamentarischer Arbeit bedient, wozu im Einzelfall auch die Beantragung geheimer oder namentlicher Abstimmungen gehören kann, wie auch die persönliche Ansprache von Verordneten anderer Fraktionen im Vorfeld bei einem zu erwartenden äußerst knappen Abstimmungsergebnis. Drei Beispiele sollen dafür exemplarisch stehen.

Offenes Haus für Kinder

»Das Kämpfen hat sich gelohnt«, hieß es in der »Mittendrin« vom Januar 2010. Nach einer emotional aufgeladenen Debatte am 18.12.2009 wurde das Weinmeisterhaus wieder von der Liste zu veräußernder Immobilien des Bezirks genommen (Beitrag zur Konsoli-



Drei wichtige Beispiele aus der Bilanz

dierung des hoch verschuldeten Bezirks) und die Finanzierung seiner Angebote bis zum 30.06.2010 gesichert, um die Erarbeitung eines tragfähigen Konzepts für seine Weiterfinanzierung zu ermöglichen. Das ist gelungen und unter freier Trägerschaft ist das Weinmeisterhaus nach wie vor ein offenes Haus für Kinder und Jugendliche.

Mauerpark – Bürgerbeteiligung

Einspruch gegen die Bebauung des Mauerparks haben über 2.500 Bürgerinnen und

Bürger aus Mitte und dem Nachbarbezirk Pankow erhoben. Ihre Widersprüche fußen auf dem Beschluss über den Flächennutzungsplan von 1994, der die Fläche des Mauerparks als Grünfläche definiert und damit vor jeglicher Bebauung schützt. Doch die Einwände wurden »weggewogen«, mit anderen Worten, der zuständige Stadtrat (SPD) hat sie für nichtig erklärt im Hinblick auf die von ihm favorisierte Bebauung einzelner Bereiche des Mauerparks. Wir aber kämpfen für eine neue Qualität der Bürgerbeteiligung. Es geht uns um ergebnisoffene Beteiligungsprozesse und unser Motto lautet: Von der Wegwägung zur Abwägung. Noch werden auf dem Mauerparkgelände keine Fundamente ausgehoben, aber es gibt andererseits auch (noch) keinen Grund zur Entwarnung. Das Kämpfen wird an dieser Stelle weitergehen.

»Arche« weiter gefördert

»Eva´s Arche« ist das einzige Projekt im Bezirk (OT Mitte), dessen Angebote speziell auf arbeitslose, Hilfe suchende Frauen ausgerichtet sind. Und dennoch sollte aufgrund der angespannten Haushaltslage auch für dieses Projekt ab 2010 jegliche Förderung durch den Bezirk eingestellt werden. Das wollten wir nicht widerspruchslos hinnehmen. In intensiven Gesprächen mit dem Träger vor Ort und mit Mitgliedern im zuständigen Fachausschuss konnte letztendlich doch die Weiterfinanzierung in 2010/11 mit jeweils 10.000 Euro gesichert werden.

Blick aus dem Amt:

Frühe Hilfen für Familien

Damit Babys einen guten Start haben

Am 14. April unterzeichnete der Bezirk Mitte eine Kooperationsvereinbarung mit der Stiftung EINE CHANCE FÜR KINDER über »Aufsuchende Hilfen für junge Familien durch Familienhebammen«.

Das Projekt macht es möglich, dass drei speziell ausgebildete Hebammen insgesamt 30 Stunden in der Woche Familien in unserem Bezirk, die sich vor bzw. nach der Geburt eines Kindes in schwieriger Lebenslage befinden, bis zu einem Jahr begleiten, betreuen und unterstützen. Die Krankenkassen finanzieren die Betreuung durch die Hebamme nur bis zu acht Wochen nach der Geburt. Das Modellprojekt ist angelegt auf drei Jahre. Besonders wertvoll ist es durch seinen hohen Grad der Vernetzung mit den Angeboten des Jugend- und Gesundheitsamtes sowie durch seine wissenschaftliche Begleitung. So können wir feststellen, welche Hilfen besonders wirkungsvoll sind. Die Familienhebammen ersetzen nicht bestehende Strukturen, sondern ergänzen sie auf sinnvolle Weise. So bildet das Projekt einen weiteren wichtigen Baustein im Netzwerk zur Frühförderung von Kindern und Familien und für einen wirksamen Kinderschutz im Bezirk. Das Netz der Kooperationen war erst vor we-

nigen Wochen durch eine Vereinbarung zum Schutz von Kindern suchtkranker Eltern, abgeschlossen mit Trägern der Suchthilfe im Bezirk, erweitert worden. Der Bezirk Mitte hat sich in besonderer Weise dem Kinderschutz verpflichtet. Im Jahr 2010 gab es in Mitte 1257 Kinderschutzmeldungen. Mehr als jedes vierte betroffene Kind war jünger als drei Jahre. In 156 Fällen mussten Kinder in Obhut genommen werden. Jeder dieser Fälle ist einer zuviel. Durch frühe Hilfen, frühe Förderung der Familien und Prävention wollen wir positive Lebensbedingungen für alle Kinder und ihre Eltern schaffen und insbesondere sozial bedingten Risikofaktoren entgegen wirken. In diesem Sinne hat der Jugendhilfeausschuss am 7. April 2011 ein vom Kinderschutznetzwerk des Bezirks entwickeltes Leitbild für den Kinderschutz beschlossen, das nunmehr der Bezirksverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Petra Schrader

Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport



Foto: Archiv

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.

An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstraße 145, 10115 Berlin

und am letzten Mittwoch jedes Monats im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Raum 505 – 5.Etage.

Sprechzeiten im Fraktionsbüro

Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte von Berlin

Montag 16.30 – 17.30 Uhr und am 3. Mittwoch von 10–11.30 Uhr im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3, 10178 Berlin, Raum 323, Telefon: 9 01 82-45 65



DIE LINKE im Stadtbezirk legt ihr Wahlprogramm vor

Was für eine Mitte braucht Berlin?

Das Zentrum der deutschen Hauptstadt ist Ort vielfältiger politischer und kultureller Begegnungen und zugleich Lebens- und Arbeitsort für viele Hunderttausende. Sie wollen wissen: Wessen Stadt ist die Stadt?

Die LINKE sagt: Bestimmen sollen das vor allem die Menschen, die hier arbeiten, leben und wohnen - Frauen und Männer aus allen Bevölkerungsschichten. So der Grundsatz, der allen weiteren Überlegungen Richtung gibt. Vier Arbeitsfelder werden genannt. Für sie nennt das Wahlprogramm konkrete Schritte, mit denen die LINKE und ihre Fraktion in der BVV in diesem Sinne vorankommen will. Hier haben erkennbar praktische Erfahrungen der Basisorganisationen die Feder geführt. Ebenso finden Anregungen, Wünsche und Forderungen der Bürgerinnen und Bürger ihren Platz, die in persönlichen Gesprächen, bei öffentlichen Versammlungen oder auch politischen Demonstrationen an uns herangetragen worden sind. Sie können eine gute Grundlage für einen erfolgreichen Wahlkampf abgeben. Hier einige Gedanken, die mir besonders gefallen.

✗ Gutes Wohnen und gleichberechtigte Mobilität für alle

In Mitte werden Wohnungen knapper, Mieten teurer. Baustadtrat Gothe und Bausenatorin Junge-Reyer (beide SPD) sehen Berlins Mitte als Region für Gutbetuchte. Wir nicht!

Wir wollen bezahlbares und menschenwürdiges Wohnen in allen Ortsteilen (Tiergarten, Alt-Mitte, Wedding) und für alle Bevölkerungsschichten. Sozial Benachteiligte sollen nicht hinausgedrängt werden. Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften werden gefördert. Sie müssen die Wohnungspolitik stärker bestimmen können (Mieten, Wohnqualität). Abriss und Fremdnutzung preiswerter Wohnungen und weitere Privatisierung kommunaler Bestände sind zu verhindern. Mitwirkung der Mieter (z.B. in Mieterbeiräten bei landeseigenen Wohnungen) wird unterstützt und gefördert.

✗ Gute Bildung und Kultur für alle von Anfang an

Mitte ist gut für Lernen und Wissenschaft. Wir wollen die Chancen der Schulreform nutzen, Gemeinschaftsschulen fördern. Soziale Brennpunkte brauchen kleinere Klassen. Sportstätten sind zu erhalten und besser zu nutzen. Kitas sind Bildungseinrichtungen! Sie bieten vorschulische und sprachliche Förderung, auch Gesundheitserziehung im Alltag. Es gilt, mehr Eltern vom Nutzen der Kita-Erziehung zu überzeugen. Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen in allen Stadtteilen erhalten und ausbauen. Engere Zusammenarbeit der Kitas, Schulen und Freizeiteinrichtungen soll Jugendliche besser auf Ausbildung und Beruf vorbereiten.

✗ Existenzsicherende gute Arbeit für alle

Dafür gibt es Chancen. Aber die Bundesregierung kürzte die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen drastisch. Damit vertieft sie soziale Spaltung und Ausgrenzung. Dem widersetzen wir uns! Wir wollen den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ÖBS weiter stärken, Berlins Alternative zu den Hartz-IV-Ein-Euro-Jobs und zur Niedriglohn-Bürgerarbeit. Mitte braucht eine Wirtschaftsförderung, die bestehende Arbeitsplätze sichert und neue schafft, die nach Tarif oder Mindestlohn bezahlt werden.

✗ Sozialen Zusammenhalt stärken

Das bewirken alle diese Schritte! Zudem wollen wir das parlamentarische System ergänzen und ausbauen durch direkte Demokratie! Kinder, Jugendliche, Bürgerinitiativen und Stadtteilvereine sollen ihre Belange mitentscheiden können. Über den Weg des Bürgerhaushalts im Bezirk sollen die Menschen über die Verwendung öffentlicher Gelder mitbestimmen können.

Unser Wahlprogramm ist gut überlegt, sachbezogen und für jeden verständlich. Es bietet die Chance, viele Wählerinnen und Wähler für unsere Politik zu gewinnen. Aber dazu müssen es alle kennen lernen, auch - aber bestimmt nicht nur - mit Gedrucktem im Briefkasten.

Heinz Grote

Folgende Personen wurden für die Liste zur Wahl der BVV nominiert:

Petra Schrader
 Susanne Fünfstück
 Christiane Hoff
 Elke Reuter
 Thilo Urchs
 Sven Diedrich
 Falko Loeff
 Rüdiger Lötzer
 Franziska Thieme
 Robert Bluhm
 Angela Berkheim-Kotzurek
 Jürgen Weckesser
 Ulrike Freikamp
 Christian Otto
 Katja Baier
 Christoph Nitz
 Anja Gräfe
 Tom Erdmann
 Irene Freikamp
 Kai-Thomas Arndt
 Nelli Lisjanskij
 Rainer Scholz
 Jan Degenhardt
 Marcel Krümmel
 Thomas Strenger

Aufmerksam am Holocaust-Denkmal

Polizei hat kurz vor Ostern eine mögliche Störaktion am Denkmal für die ermordeten Juden Europas verhindert. Nach einer nicht genehmigten Kundgebung einer rechten Partei zuvor im Tiergarten hatten zwölf der Teilnehmer in provokanter Weise das Stelenfeld nahe dem Brandenburger Tor betreten. Polizeibeamte beobachteten diese Entwicklung und erteilten im Hinblick auf eine eventuelle politische Provokation Platzverweise.

Wieder Spielplatz Ravenéstraße

Für fast 180 000 Euro aus dem Förderfonds »Soziale Stadt« ist der Spielplatz Ravenéstraße in Wedding umgestaltet worden. Die Anlage wurde von Kindern und Jugendlichen zum Thema »Bilder einer Ausstellung« nach Motiven von Mussorgsky und Kandinsky selbst entworfen und mit Hilfe von Künstlern und Technikern umgesetzt. Mitte April war der Spielplatz vom Bezirksamt der Öffentlichkeit übergeben worden.

»Wildes Grillen« umstritten

Acht Tonnen Müll hinterlassen Besucher durchschnittlich an einem Sommerwochenende im Großen Tiergarten. Hauptursache ist wildes Grillen, wie das bezirkliche Ordnungsamt sagt. Vorbestimmte Flächen zum Grillen und entsprechende Abfallsammelplätze reichen nicht aus und werden auch missachtet. Wer ertappt wird, muss Bußgeld zahlen. Die Müllentsorgung kostet die Städtische Verwaltung pro Wochenende 8000 Euro, jährlich 300 000 Euro. Der Große Tiergarten als Grillplatz bleibt umstritten.

Quellen: Berliner Tageszeitungen/de

Termine im LinksTreff

Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

Jeden 1., 2., 3.

und 4. Mittwoch im Monat:

kostenlose Beratung zu Hartz IV / Schuldnerfragen sowie Wohnung / Miete durch

die Rechtsanwältin Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter von 17.00 bis 19.00

(keine Anmeldung erforderlich)

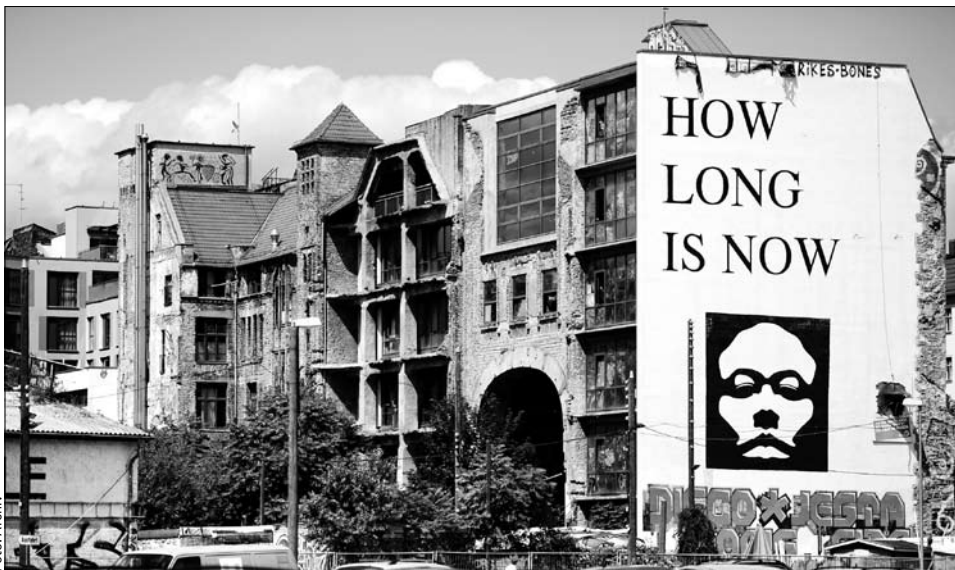
Jeden Donnerstag ab 16.00 Uhr

Schülernachhilfe für Schüler der 1. bis 7. Klasse

(Anmeldung unter 28705751)

Gebäude in Mitte

Aus der Zeit gefallen



Das Tacheles steht auf dem Pflichtprogramm für Berlin-Touristen

Man sieht es dem Gebäude von außen heute nicht mehr an – im Boom der Gründerjahre Anfang des 20. Jahrhunderts wurde ein besonders prunkvoller Bau der Wilhelm-Zwo-Ära errichtet. Die Friedrichstraßenpassagen waren von Beginn ein Spekulationsobjekt und blicken auf eine bunte Geschichte zurück. Seit vielen Jahren ist der ehemalige Protzbau eine Ruine und als »Tacheles« weltweit bekannt.

1989 wurden in Mitte einfach Sofas in Wohnzimmer gestellt und fertig war die Kneipe – die Oranienburgerstraße sah aus wie eine riesige begehbare Wohngemeinschaft und überall wurde gefeiert – besonders Künstlern und Jungen gefiel die Atmosphäre aus Improvisation und Boheme. Doch zurück zum Beginn: Schon ein halbes Jahr nach der feierlichen Eröffnung des Baus ging die Trägergesellschaft, die »Berliner Passage-Bau Aktiengesellschaft« in Konkurs. Der Motor hinter der Firma, Otto Markiewicz hatte für sieben Millionen Mark ein modernes Stahlbeton-Gebäude errichten lassen, das Theater- und Konzertsäle, Cafés und Clubs sowie Büroräume Platz bieten sollte. Schon damals wurde spekuliert und der trickreiche Möbelfabrikant hatte die gängige 70-Prozent-Regel ausgehebelt. Damals durften Grundstücke nur zu 70 Prozent bebaut werden. Mit überdachten Passagen und einer Kuppelhalle wurde dieser Bauregel nur sehr bedingt entsprochen. Doch für ein Kultur- und Bürogebäude gab es wohl keinen Bedarf – das Konzept wurde geändert und es sollte die erste Shopping-Mall in Deutschland entstehen – auch damals war der Blick über den großen Teich für manche Geschäftsidee gut. Das Mietkonzept sah ein Syndikat vor, das sich selber verwalten sollte. Die Mieten waren nach Lage und Erlös diffe-

renziert – nach einem halben Jahr war Schluss mit der revolutionären Idee.

Wolf Wertheim mietete sich danach ein und konnte schon 1914 nicht mehr bezahlen – die Trägergesellschaft ging ein zweites Mal in Insolvenz. Es folgten Nutzungen durch die AEG – die im heutigen Theater des Tacheles die erste Fernsehübertragung der Welt realisierte. Später zog die Arbeitsfront des NS-Regimes ein und 1944 wurde das Gebäude von Bomben schwer beschädigt. In der DDR nutzte der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) das Gebäude und neben anderen Einrichtungen wurde auch ein Kino des Staatlichen Filmarchivs bis 1957 betrieben. Im AEG-Vortragssaal zogen die OTL – die Oranienburger-Tor-Lichtspiele – ein. 1980 wurde mit dem Abriss des Komplexes begonnen, da mehrere Gutachten Statikprobleme attestiert hatten.

Im Februar 1990 besetzten Künstler die Reste des ehemaligen Prunkbaus und formierten das alternative Künstlerzentrum Tacheles. Damals sah die Oranienburgerstraße fast genauso aus wie das Künstlerhaus. Zwanzig Jahre später sind die Künstler zerstritten, seit 1998 gehört das Gelände der Fundusgruppe, die aber ihre Pläne zur Entwicklung des Geländes nicht realisieren konnte. Seit der Kündigung der Künstler Ende 2007 tobt ein nahezu undurchschaubarer Kampf um die denkmalgeschützte Ruine, deren vorläufig letzte Höhepunkte ein Verfahren zur Zwangsversteigerung sowie der Auszug einer Künstlergruppe gegen die Zahlung von einer Million Euro waren. Das Tacheles ist ein Anziehungspunkt für Touristen geworden, aber besitzt für die aktuelle Kunstszene in Mitte keine Relevanz mehr. Wie zu Beginn seiner Geschichte ist das Gebäude in Spekulationen verwickelt – die in diesem Fall noch nie gut endeten.

Christoph Nitz

Menschen in Mitte

Hildrun Knuth: Partnerin für Behinderte



Foto: Herold

Hildrun Knuth

Haben in Mitte Menschen mit Behinderung ein Problem, brauchen sie eine barrierefreie Wohnung, einen Parkausweis oder auch nur eine Auskunft, wie man ohne Hindernisse zum Beispiel zu den Hackeschen Höfen gelangt, dann rufen sie oder ihre Angehörigen immer öfter Hildrun Knuth an oder kommen gleich zu ihr ins Rathaus am Mathilde-Jacob-Platz.

»Ich bin die Ansprechpartnerin für unsere Mitbürger mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen genau so wie für Vereine, Initiativen und Organisationen«, sagt die Bezirksbeauftragte für Menschen mit Behinderung. »Ich stehe für deren Gleichstellung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dazu gehören die Beseitigung von Mobilitätshindernissen für Gehbehinderte, die Schaffung von

Leitsystemen für Sehbehinderte, faire und tolerante Behandlung geistig und seelisch beeinträchtigter Menschen und die Berücksichtigung entsprechender Kommunikationsmethoden für Hörbehinderte«.

In ihrem Tätigkeitsbericht, den die 55-jährige Diplom-Pädagogin vor den Berliner Wahlen vorlegen wird, stehen neben kritischen Einschätzungen auch zahlreiche Fortschritte. Ihr tägliches Engagement und das enge Miteinander mit dem Behindertenbeirat, dem selbst Betroffene angehören, mit den verschiedensten Arbeitsgruppen und Gremien des Stadtbezirks, des Senats und des Landes tragen Früchte.

Über ABM zu einer neuen Lebensaufgabe

»So sind wir dem Ziel der BVG, alle S-, U- und Fernbahnhöfe bis 2020 barrierefrei zu machen, ein gutes Stück näher gekommen«, bilanziert die gebürtige Wittenberglerin. »Bei Ortsterminen, Kiezrundgängen, Diskussionen haben wir erreicht, dass immer mehr öffentliche Gebäude, Hotels, Restaurants, Kultureinrichtungen, Parkanlagen aber auch Kirchen über Rampen zugänglich sind«. Auch die Wiese, auf der einmal die Schlossnachbildung stehen soll, kann jetzt über Holzstege befahren werden. »Immer öfter legen mir Architekten ihre Baupläne vor«, freut sich Hildrun Knuth. »Das Bauamt bittet mich, bei Vorhaben, mal drauf zu gucken, ob auch die

Belange Behinderter ausreichend berücksichtigt wurden«.

Eigentlich wollte die blonde zierliche Frau nach Jahren Lehrertätigkeit, Zusatzstudium und Aspirantur auf dem Gebiet des Gesundheitsverhaltens von Schulkindern Hochschullehrerin werden. Aber vor zwei Jahrzehnten wendete sich auch ihr Leben. 1992 auf der Suche nach einer Arbeitsstelle schlug man ihr vor, es als Behindertenbeauftragte im damaligen Bezirksamt Mitte im Berolina-Haus am Alex zu versuchen. Aus dem Versuch wurde eine neue, vielseitige und prägende Lebensaufgabe. Durch die Fusion mit Wedding und Tiergarten verdoppelte sich die Zahl der zu Unterstützenden. »Behindertenpolitik als Bürgerrechtspolitik ist ein immanenter Bestandteil der Kommunalpolitik«, betont Hildrun Knuth. Dafür tritt sie weiter an.

Matthias Herold

Kontakt: Telefon: 9018 33129 oder per E-Mail: hildrun.knuth@ba-mitte.verwalt-berlin.de.

Bei anderen gelesen

Bürokratisch und unwirksam

Das Bürokratiemonster Bildungspaket steht vor der Tür, und kaum einer will es hereinlassen, weil es das, wofür es geschürt wurde, nicht erfüllt: sozial benachteiligten Kindern Zugang zu mehr Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe zu verschaffen. Statt Millionen in der Bürokratie zu verdampfen, hätte man das Geld besser in Kitas und Schulen gesteckt, wo sich die Situation armer Kinder unmittelbar ändern ließe.

»taz«, 19.04.2011

Museumsinsel: Welterbe nicht bedroht

In Deutschland stehen laut dem aktuellen Unesco-Schadensbericht keine Probleme zur Diskussion, insbesondere für die Planungen im Stadtplansaal des Berliner Pergamon-Museums. Die gute Aufstellung der Architekturmonumente bei der jetzt umstrittenen Mschatta-Fassade des islamischen Museums sei schließlich eine Spezialität der Berliner Museen und somit Teil des als Welterbe ausgezeichneten Ensembles.

»Der Tagesspiegel«, 19.04.2011

Der Motor, der Berlin am Laufen hält

Berlin ist nicht nur eine Stadt, Berlin ist ein Mythos, eine Projektionsfläche für ein spannendes Leben. Das ist der Grund, warum jährlich Tausende Leute herziehen, die meisten zwischen 20 und 30 Jahre alt. Sie müssen nicht nach Berlin, sie wollen hierher. Und es werden immer mehr. Zählten Statistiker 2005 noch rund 74 500 Zuzügler aus der deutschen Provinz, so waren es 2009 bereits 90 550 – Tendenz steigend.

»Berliner Zeitung«, 19.04.2011

DIE LINKE international

Der 1. Mai wurde nicht nur in Berlin gefeiert. Mitglieder der Basisgruppe Brüssel waren in der belgischen Hauptstadt mit einem Info-Stand unter den Feiernden.



Icke

Die Anti-Oper



Foto: Archiv

Icke + Er bei der Premiere des Musicals »Icke – Die Oper«

Irgendetwas zwischen Musical und Oper, berlintypisch, kultig in Szene gesetzt - das soll uns erwarten. An diesem Frühlingsabend sammelt sich auf dem Rasen vor der Volksbühne viel Volk - jung, älter und jede Menge ‚hipp‘ dazwischen.

Der Zuschauerraum ist um zehn vor acht dagegen noch fast leer. Erst im letzten Moment, als hätten sich Schleusen geöffnet, strömt Publikum ein - ungerührt davon, dass auf der Bühne die ersten Schauspieler agieren: eine Frau, deren Brüste über einem Schwabbelbauch schlackern und ein Mann dessen unterarmdicker Penis aus der Hose

baumelt. Das Opernpublikum kommt nicht im kleinen Schwarzen, sondern im Osterspaziergangs- und Touristendress, ein anderes Kulturdenken - als Kunst noch Produktivkraft fürs Volk war?

»Icke + Er« ->Richtig geil! Bislang nur ein Internetphantom, dessen Musikvideo bei MySpace Kultstatus pflegt, hat sich nach dem Charity-Festival »Ein Hartz für Berlin« an eine Berlin-Oper gewagt. Das Stück erschlägt mit Bildern, Einfällen und Musik. Der Zuschauer wird zugeröhnt und hereingesogen in das Innenleben der Hauptfigur. »Icke« schlägt sich in der pornographisierten Gesellschaft mit seinem Ödipuskomplex, sei-

nem Alter und vor allem mit seinem Ego herum: »Nein Mutti, ick will keenen Keks.« Dazwischen auch ein Grillwalker, der für Star-Trek-Fans eine nicht zu übersehende Ähnlichkeit mit einem Borg, dem mörderischen Kollektiv der nächsten Generation hat (»Sie werden assimiliert.«). Hartz oder Grillwalker, ist das die Frage? Parallel laufende Szenarien: Berliner Kneipe, Showtreppe, Rotlichtmilieu. Figuren kommentieren das Geschehen: ein marodierender Internetfan schaltet sich über die Leinwand zu, ein Lebemann wandert philosophierend über die Bühne, eine Hure räkelt sich lasziv und fordert: »Ich will Sex, fernsehen oder promovieren!« und Ickes Alter Ego haucht - karfreitagsgerecht - am Neonkreuz sein Leben aus. Da 'hängt er nun' und da hängt auch das Stück, selbstverliebt eingeklemmt im Privaten, zwischen Deutsch-Rap-Songs und Balladen, die gefällig daher kommen - aber nur selten gesellschaftliche Relevanz erreichen.

Wenn »Icke« wie angekündigt ein Berliner Sittenbild zeigt, dann bleibt die Frage, warum das in einem Haus mit der Tradition der Volksbühne so eigenartig unpolitisch bleibt. Desillusionierung der Generation Berlin? Erfahrung der Wende, die Entwertung der Werte? Als gäbe es die Linke nicht.

An »Icke« muss ich mich als Mainstreamkunstgänger gewöhnen, auch, wenn ich hinnehmen kann, dass Wabbelbauch und Schwabbelbusen, dass Penis und Fettarsch nur Dekorationsteile sind. Vielleicht ist das die Absicht, statt der Pornographisierung der Gesellschaft, die Politisierung anzuregen? Denn »Icke«, das sind letztlich wir alle.

Verena Werthmüller

Weitere Vorstellungen am 6., 7., 28. und 29. Mai, Karten unter 030 / 240 65 777.

Der Dorfsheriff am Arkonaplatz

Irene Runges Spaziergang im April

Pralle Sonne und Sonntagmorgen, schon sind Hinz und Kunz, Zugereiste, Anwohner und meinesgleichen auf der Pirsch. Am Arkonaplatz wird vor den Kaffeehäusern wie andernorts um diese Zeit auf freiwerdende Stühle gewartet, manche trinken derweil ihren Kaffee gemütlich an der Bordsteinkante sitzend.

Am Platzrand halten erwartungsfroh Kinder ausgedientes Plüschgetier und Bücher, Krimskrams, kleine Autos und Plastiksaurier auf Decken feil, plaudern junge Mütter und Kindsväter übers Leben, begutachten dabei Jäckchen, Kleiderlein, Winterstiefelchen und mehr. Dank amtlicher Schwäche gedeiht der

familiäre Straßenhandel, doch manch seltenes Mal will dennoch überraschend das fesch uniformierte und auf Bürgerkontakt kaum präparierte Ordnungsamtspersonal Recht und Gesetz prüfen.

»Ick bin wie Polizei«, schnauzt die Marke Dorfsheriff unter großer Sonnenbrille, und verkündet der aufmüppigen Frau »wejen Paragraf 111« ein Verfahren, oder im Falle von Widerstand gar Verhaftung an, woraufhin eine solidarische Menschenansammlung murrte und das heulende Deliquentinnenkind tröstet. Die Macht droht nun allen mit Ordnungsverfahren wegen Störung von Ermittlungen, denn: »wat ick hier mache, is Je-

setz«. Die allgemeine Heiterkeit passt zum Wetter, der verlachte Dorfsheriff ist erbost. Obgleich im Recht, agiert er unrechtmäßig, was Argumente, Ton und Habitus betrifft, die Täterin gibt schließlich den Ausweis her, der Platzverweis gilt sofort. Noch Stunden später diskutiert sie weiterhin dort, wo die derbe Amtskraft wegen potentieller Neutäterinnen noch immer gewichtig umherstolztiert. Aus der Menge wird geraunt, auch der Mauerparkhandel sei diesmal betroffen, nicht aber streunende Riesendoggen nebst Besitzern, illegale Grillpartie-Initiatoren, rasende Autos und jene im Halteverbot, Köterkot und die brutalsten der Bürgersteig-Fahrradfahrer. Priorities first! fordert das aufgebrachte Volk, Kinderarbeit verhindern, entgegnet das Amt, und es fürchtet sich vor möglicher Gewalt. Vorübergehend ist der traditionelle Sonntagsspaß zwar unterbrochen, doch die weithin ausufernde Riesenlust am wilden urbanen Miteinander lässt sich auf diese Weise niemals dämmen.

Auf ein Wort Frau Senatorin

Das gibt es nur mit der LINKEN

Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor

Stadtteilmütter, Integrationslotsen, Gemeindedolmetscher, in kleinen Off-Theatern oder Nachbarschaftszentren – überall in Berlin sind ÖBS-Beschäftigte unterwegs, unterstützen andere und tragen zu einem besseren sozialen Zusammenhalt bei. Für viele ist es inzwischen fast selbstverständlich, dass es den ÖBS gibt.

Doch hat DIE LINKE hier etwas bundesweit Einzigartiges geschaffen: Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). Bis zu 8.600 Frauen und Männer haben zwischenzeitlich zu einem Lohn von mindestens 1.300 Euro brutto monatlich in gemeinnützigen Projekten gearbeitet. Der Gedanke, der dahinter steckt: es ist besser, Arbeit als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

279 Euro kostet es das Land durchschnittlich pro Beschäftigten und Monat zusätzlich, wenn das Geld in Arbeit statt in staatli-

che Unterstützung bei Arbeitslosigkeit fließt. Vom ÖBS profitieren alle: die Arbeitslosen, die häufig nach Jahren zum ersten Mal wieder normal beschäftigt sind, Kita-Kinder, denen etwas über gesundes Essen beigebracht wird, ältere Menschen, die auf ihren Wegen durch Berlin begleitet werden, weil sie alleine nicht zurechtkommen. Derzeit sind es noch 5.600 Beschäftigte im ÖBS, da bestimmte Programme auslaufen.

Immer wieder mussten wir in den vergangenen Jahren mit dem Bund über Beschäftigungsprogramme für den ÖBS verhandeln, die wir jeweils aus Landesmitteln aufgestockt haben. Schwierig waren häufig auch die Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner, aber bislang war die SPD bei diesem Projekt an unserer Seite. Das hat sich kürzlich geändert. Obwohl das Geld dafür im Haushalt eingestellt und in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen war, stellte sich die SPD quer. »Zu teuer«, hieß es. Die Berliner SPD,

Ein großer Schritt voran

Informationsanspruch der Bürger gestärkt

In der 81. Sitzung des Berliner Parlaments am 14. April wurde das zweite Vergütungs- und Transparenzgesetz von allen Fraktionen einstimmig beschlossen. Schon 2005 hatte die Rot-Rote Regierung das Thema Transparenz mehrmals diskutiert und das erste Gesetz erlassen. Die Frage war und ist, wieweit öffentliche Unternehmen transparent aufgestellt werden können. In dieser Zeit wurde der Beteiligungsausschuss institutionalisiert. Das Gesetz von 2005 war erforderlich in der Zeit, in der Gesetzgebung sich mit Bankenskandal, Fehlsteuerung und Misswirtschaft in den öffentlichen Unternehmen Berlins beschäftigen musste. Dies war auch eine große Herausforderung für die Berliner Regierung.

Mit dem zweiten Gesetz werden die Offenlegungsanforderungen erweitert und weitestgehend geregelt. Somit sind die Offenlegungspflichten nicht auf einzelne Geschäftsführer begrenzt, sondern auch Aufsichtsratsmitglieder, Beiräte und andere Organe sind zur Offenlegung verpflichtet.

Der zweite Punkt ist, dass die Gehälter im Beteiligungsbericht mit all ihren festen und

variablen Bestandteilen veröffentlicht werden. Darüber hinausgehend werden alle vertraglich vereinbarten Regelungen auch dargelegt, wie Gewinnbeteiligungen, Aufwandentschädigungen, Pensionsansprüche. So wird Vergleichbarkeit möglich.

Das Wichtigste an diesem Gesetz ist die Erweiterung des Geltungsbereiches. Wie der rechtspolitische Sprecher unserer Fraktion, Dr. Klaus Lederer, betonte: »Es gilt nicht mehr nur für die Geschäftsführer, sondern für die Mitglieder aller Geschäftsführungsorgane. Neben den Landesbetrieben fallen jetzt auch institutionell geförderte Zuwendungsempfänger unter das Gesetz. Die Offenlegung ist Pflicht und wird nun zur Voraussetzung einer Unternehmensbeteiligung des Landes gemacht.«

Das Gesetz ist ein großer Schritt, dem Informationsanspruch der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.

Kadriye Karci

Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus



Foto: Archiv

die angeblich für Mindestlöhne kämpft, will für Arbeitslose lieber prekäre Jobs, ohne Sozialversicherung und ohne Arbeitsvertrag.

Wir haben dafür gekämpft, den ÖBS zu erhalten. Und wir haben es geschafft. Es wird zukünftig weiterhin 5000 ÖBS Stellen in Berlin geben. Auch wenn das weniger ist, als wir uns wünschen, ist eines klarer denn je: einen ÖBS gibt es in Berlin nur mit der LINKEN. Das werden wir im bevorstehenden Wahlkampf sehr deutlich machen.



Carola Bluhm

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

Auf ein Wort Frau Senatorin!

Carola Bluhm, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

vor Ort in der Karl-Marx-Allee

Donnerstag, 19.05., 18 Uhr im Lotos-Café, Neue Blumenstraße 5

und im Heinrich-Heine-Viertel

Donnerstag, 19.05., 20 Uhr im Café am Engelbecken, Michaelkirchplatz/Engelbecken

Politische Bildung

»Bundeswehr raus aus den Schulen! - Kein neuer Militarismus«

mit Christine Buchholz MdB, Barbara Majd-Amin (GEW Berlin) · Lena Kreymann (Bündnis »Schule ohne Militär«)

16. Mai, 19 Uhr, Haus der Jugend, Reinickendorfer Str. 55 (U9 Nauener Platz)

22. Juni 1941 - 70. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion

Historische Lehren und deutsch-russische Beziehungen heute. Reihe »Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus«

Referent: Dr. Bruno Malow

Moderation: Brigitte Semmlmann

24. Mai, 10 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

»Mit großer Zuversicht in die Zukunft - Kuba aktualisiert seine Revolution!«

Der Botschaftsrat der Botschaft der Republik Kuba, Eduardo Lazo, informiert und beantwortet Fragen.

31. Mai, 19 Uhr, Club »Spittelkolonnaden« Leipziger Straße 47, 10117 Berlin

Das ist das Letzte

Es grünt so grün, sobald die Meiler glühen!« Das meint die »Berliner Morgenpost« nach jener Umfrage, die 28 Prozent für Grün, 26 Prozent für die SPD, 21 Prozent für die CDU, 15 Prozent für die Linke und 3 Prozent für die FDP ergab. Kein Wort mehr, dass auch grüne Minister die Castor-Transporte geschützt haben. Sie kamen einst in Turnschuhen zur Verteidigung, aber dann sind sie mit Panzerketten in Kosovo und Afghanistan eingerückt. Sie vereinen heute mehr Akademiker als Einsiedler, mehr Computerfreaks als Strickstrümpfe. Sie streben wie die CDU, SPD und FDP zur »Mitte«, wo die Ämter locken. In Berlin soll Frau Künast das Rote Rathaus erstürmen. Kann sein, dass die SPD die Leiter hält. Das kann aber auch die CDU sein. Man hält sich offen. Wer so »flexibel« ist, kann kein Rückgrat haben! Um Berlin geht es Frau Künast ohnehin nicht, denn wenn es nicht der Chefessel wird, dann geht sie zurück in die Bundespolitik.

Auch wo die Grünen mitregiert haben, waren Krötentunnel wichtiger als Kinderarmut, wurde Hartz-IV durchgeboxt und Chancengleichheit verhindert. So ging die Glaubwürdigkeit vor die Hunde. Grün, das hieß mal: Links, Ökologie und Frieden. Heute ist das: Mitte, Marktwirtschaft und Marschbefehle für manche Gemetzler.

Umfragen sind Momentaufnahmen. Stimmungen und Stimmzettel sind zweierlei. Nach der Stimmung zur Bundeswehr als Weltgendarm, zum Mindestlohn oder zur gerechten Lastenverteilung müssten 60-80% der Wähler die Linke wählen, weil die als einzige Partei, seit ihrer Gründung, konsequent verlangt, was die Mehrheit erwartet. Aber beim Wahlgang bleiben dann immer etliche Prozente in der Hornhaut des Antikommunismus hängen. Doch fünf Monate Wahlkampf können 5 Prozent Wechselwähler umstimmen, auch 5 Prozent Nichtwähler mobilisieren. Sofern wir mit den Kandidaten an den Brennpunkten sind und überzeugende Argumente statt Bruderzwist anbieten. Auf geht's!

Arthur Paul

Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337, E-Mail-Adresse: info@dielinke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz: sternberg media

Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 26. April 2011

Ausgabetag für Nr. 6/11 – 9. Juni 2011

mittendrin · 5/2011

Kindertag feiern

Waldstraßenfest in Moabit ist eine gute Tradition geworden



Foto: Archiv

»Kinder an die Macht« – ein Fest für die Kleinen in Moabit

Wie schon in den Jahren 1997-2010, veranstaltet die BO 333 auch 2011 anlässlich des Internationalen Kindertags ihr multikulturelles Kinder-Straßenfest in der Waldstraße in Moabit. Es findet am Samstag, 4. Juni, von 15 bis gegen 18.30 Uhr statt.

Dieses Fest ist vor allem ein weitgehend kostenfreies Angebot für die Kinder des Wohngebiets, bietet aber auch den verschiedenen, in der Kinder- und Jugendarbeit engagierten Vereinen und Initiativen vor Ort die Möglichkeit zur Präsentation und soll ihnen neue Kontakte, Vernetzungen und ggf. das Ansprechen von Interessierten für ein Engagement in ihrer Organisation sowie Werbung für ihre Angebote ermöglichen.

Geboten werden auch in diesem Jahr wie-



Herzlich Willkommen!

Unsere Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Bezirksverband Berlin-Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 / 24 00 9-33 6

Fax: 030 / 24 00 9-33 7

können Sie Montag bis Mittwoch in der Zeit von 9.00 bis 16.30 Uhr, Donnerstag bis 19.00 Uhr

und Freitag bis 14.30 Uhr erreichen.

der insbesondere für die Kinder, aber auch für deren Eltern, für Jugendliche und für alle anderen Besucher ein vielfältiges Bühnenkulturprogramm, eine Hüpfburg, ein Karussell (jeweils kostenlos) sowie auf Kinder- und Jugendarbeit bezogene Markt- bzw. Informationsstände.

Unsere »Kulturbühne« ist dabei vorrangig als Präsentationsfläche für Kinder- und Jugendgruppen gedacht, die sich und Ihre Aktivitäten den Eltern und einer größeren Öffentlichkeit darstellen möchten.

Auf ihren/euren Besuch freuen sich die BO 333 und der Bezirksverband DIE LINKE.

Dirk Lorsch

Wir gratulieren im Mai zum Geburtstag!

- Zum 95.** Dora Buchwald
- zum 92.** Gerhard Hiller
- zum 90.** Erna Neuberger
- zum 87.** Günter Krüger
- zum 86.** Harry Naumann, Ingeborg Schlag
- zum 85.** Helene Bilkenroth
- zum 84.** Werner Beschorner, Fred Mauer, Gerhard Pfeiffer, Sigrid Zimmermann
- zum 83.** Gerhard Hanusch, Marlit Hartig, Irmgard Tinz, Willi Wolter
- zum 82.** Ursula Eberhardt, Elisabeth Hoske, Lieselotte Meschter, Sabine Nathan
- zum 81.** Ruth Claus, Hans-Joachim Ermer, Hannelore Hanusch, Hermann Kähler, Kurt Pätzold, Ursula Witt
- zum 80.** Eva Braun, Harald Freudenberg, Gerda Jelenski, Ingomar Klein, Horst Rost, Peter Urchs
- zum 75.** Bettina Beissert, Dieter Lupp, Gisela Rademacher, Elisabetha Tarnick
- zum 70.** Günther Hajek, Bruno Mach

DIE LINKE Berlin Mitte